



Die grüne Grossratsfraktion

Voller Tatendrang!

Schwerpunkt	3	Grossrat	10
Luzern und Littau fusionieren im Jahr 2010. Eine Herausforderung.		Die neue neunköpfige Grossratsfraktion der Grünen beginnt mit der Arbeit.	
Bund	5	Agglo	12
Louis Schelbert berichtet aus dem eidgenössischen Parlament.		Welche Chancen haben grüne Anliegen bei den neuen Gemeindeordnungen?	

Editorial

Fusions- und Wachstumsstrategien

Michael Töngi, Co-Präsident Grüne Luzern, Kriens



Nun fusionieren Luzern und Littau, ein Erfolg für die beteiligten Grünen. In anderen Gemeinden stellt sich jetzt die Frage der Fusion ebenfalls. Für die Grünen ist die Herausforderung besonders gross: Wir reden kleinteiligen Strukturen das Wort, wir verfolgen bei Fusionen andere Werte als ein Teil der Befürworter, die einzig mit Steuerfüssen und Finanzkraft argumentieren. Und doch sprechen auch für einen Teil der Grünen gute Gründe für eine Fusion.

Wenn es jetzt in Emmen, Kriens, Ebikon, Adligenswil oder Horw zu einer zweiten Fusionsrunde kommt, dann müssen sich die Grünen in all diesen Gemeinden positionieren. Eine schwierige, aber auch spannende Herausforderung für unsere Ortsgruppen. Klar, dass sie hier autonom sind – einzig schweigen, das gilt nicht.

Keine Fusions-, aber eine klare Wachstumsstrategie pflegt die Kantonalpartei. Nach dem Sieg bei den Grossratswahlen wollen wir auch bei den Nationalratswahlen das Resultat von 2003 wiederholen. Daneben muss auch die

Partei wachsen. Wir zielen hier auf eine ungrüne Zielsetzung hin und sagen: Grösser, stärker, schneller wollen wir werden. Wir haben heute eine gut funktionierende Partei, mehr Mittel und bringen Referenden und Initiativen im Alleingang zustande. Eine beachtliche Leistung! Nur lastet noch immer vieles auf wenigen Schultern. Wir sind auf Verstärkung angewiesen!

Wie wichtig unser Einsatz ist, zeigt sich momentan bei den Revisionen der Gemeindeordnungen. Eine trockene Materie, bis zu dem Zeitpunkt, wo jemand ein Referendum ergreifen will und merkt, dass das nicht (mehr) möglich ist, oder Parteien vom Mitmachen ausgeschlossen werden. Dann kanns plötzlich ans «Läbige» gehen. Die Grünen haben in einigen Gemeinden in erster Lesung viel erreicht. Bleibt zu hoffen, dass Errungenschaften wie Proporzwahlen für den Gemeinderat, das Öffentlichkeitsprinzip und Verbote für die Auslagerung der Wasserversorgung tatsächlich eingeführt werden.

PATRICK STEINER



**PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN**

**LUZERNERSTR. 33C
6010 KRIENS
TEL. 079 650 79 42**



Stefan Suhner,
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Fon 041 360 82 83
www.holzding.ch

Die Idee
von Ihnen

Das Holz
aus der Region

Die Qualität
vom Schreiner

Die Fusion von Luzern und Littau

Den Tatbeweis erbringen

Interview von Michael Töngi, Kriens

Die Fusion Luzern-Littau wurde angenommen. Klar, aber nicht mit grosser Mehrheit. Umso wichtiger sei es, die Versprechen einzuhalten, findet Grosstadtrat Philipp Federer.

Philipp Federer, Du kommst gerade vom Grenzhofschulhaus zurück, wo sich die BefürworterInnen getroffen haben. Wie war die Stimmung dort?

Die Stimmung war gut, aber nicht ausgelassen, dazu war das Resultat zu knapp.

Die Grünen haben sich klar für die Fusion ausgesprochen, bist Du erleichtert, dass es geklappt hat?

Allzu viel Herzblut hatte ich für diese Frage nicht. Allerdings wurde ich im Auszählbüro doch nervös: Ich zählte die Stimmzettel vom Matthof-Quartier aus, und dort wurde die Fusion abgelehnt. Wir alle haben gebibbert, dass es doch noch reicht. Natürlich, das Resultat ist erfreulich, weil es Offenheit bezeugt und es möglich war, über den Gartenhag hinauszuschauen. Wir können jetzt gemeinsam die Infrastruktur nutzen, sind solidarisch mit Littau und können für alle das gleiche Leistungsangebot anbieten, das hat für mich letztlich für die Fusion gesprochen. Aber es ist klar: Die politische Arbeit bleibt für uns Grüne die gleiche.

Was heisst das?

Wir müssen für die gleichen Ziele einstehen wie bisher. Ob mit oder ohne Littau, die politischen Fragen bleiben die gleichen.

Das Resultat war klar, aber recht knapp. Wie kann man die GegnerInnen der Fusion wieder mit ins Boot holen?

Wir müssen den Tatbeweis erbringen und einhalten, was versprochen wurde. Der Littauer Berg muss grün bleiben, obwohl ich da keine Bedenken habe, auch Bürgerliche haben dies betont. Der öffentliche Verkehr muss nun besser werden, die Littauer und Reussbühler Schulen müssen ein besseres Angebot

erhalten, die Nachspitex muss eingeführt werden und die Heimtaxen dürfen nicht stärker angehoben werden.

Jetzt ist der Schritt getan. Wie geht es weiter?

Zuerst einmal ist es natürlich zentral, dass in beiden Gemeinden ein Ja resultierte. Vielleicht ist es auch gut, dass keine überschwängliche Begeisterung ausgebrochen ist, sondern das Resultat eine realistische Sicht der Dinge fordert. Aber klar, heute ist erst ein erster Schritt getan: Wenn wir eine starke Region wollen, dann ist Littau ein Teil davon, aber es liegt auf der Hand, dass ein Zusammenschluss mit weiteren Gemeinden kommen muss. Dazu sollen jetzt die umliegenden Gemeinden eingeladen werden, um in diesen Prozess einzutreten.

Wo legen die Grünen der Stadt Luzern den Schwerpunkt in diesem Prozess?

Sicher nicht einzig auf die Frage der Steuern und der Wirtschaftskraft, wie dies in der Studie «Strategien für ein nachhaltiges Wachstum» geschieht. Es ist falsch, wenn wir den Fokus nur darauf legen, ausserkantonale Gemeinden steuerlich konkurrenzieren zu wollen. Für uns sind raumplanerische Fragen wichtig, die Qualität der Dienstleistungen oder auch der öffentliche Verkehr.

Jetzt kommt die Fusion. Vieles wird umgekrempt und neu gestaltet. Was heisst das für die Arbeit der grünen Fraktion im Grossen Stadtrat?

Sehr vieles muss in der Administration erledigt werden. Für das Parlament geht es eher darum, zu kontrollieren und zu begleiten – etwa in der Geschäftsprüfungskommission oder bei Besuchen in der Verwaltung. Wir müssen darauf achten, dass es in Littau die erwünschten Leistungssteigerungen gibt, dass tatsächlich niemand entlassen wird. Für uns grüne ParlamentarierInnen wird in nächster Zeit die in der Stadt Luzern angekündigte Steuersenkung sehr wichtig werden – und diese Frage stellt sich letztlich mit und ohne Fusion gleichermassen.



Fusionspapier Kriens

Der grüne Standpunkt

Claudia Zihlmann, Kriens

Die Debatte um Fusionen ist geprägt von Emotionen. Das Thema löst Ängste aus und spricht persönliche Gefühle an, denn es geht um Heimat, Identität und die Mitgestaltung des eigenen Lebensraums. Folglich ist eine Besinnung auf die Tatsachen wichtig, damit sachliche Diskussionen geführt und gut begründete Entscheidungen getroffen werden.



Forderungen und Chancen einer Fusion

Für Kriens gilt es festzuhalten, dass die Gemeinde nicht heute oder morgen über eine Fusion zu entscheiden hat. Entsprechend geht es auch bei uns Krienser Grünen in der aktuellen Diskussion nicht primär um ein Pro oder Kontra. Im Zentrum unserer Diskussionen stehen diese beiden Anliegen:

- Kriens soll sich rechtzeitig Gedanken zu Chancen und Risiken einer Fusion machen, um sich aktiv und gut vorbereitet in die Diskussionen einzubringen.
- Damit wir Grünen eine allfällige Fusion unterstützen, muss sie zu einem Mehrwert an Lebensqualität und an Mitsprache führen.

Die grüne Fraktion hat diese Forderungen frühzeitig im Einwohnerrat eingebracht (siehe Presstexte auf der Homepage der Grünen Luzern). Zudem hat sich eine Arbeitsgruppe vertieft mit den inhaltlichen Forderungen auseinandergesetzt und dazu ein Papier für die Diskussion im Vorstand verfasst.

Wir sehen die Chancen einer Fusion von Kriens mit Luzern und den weiteren grossen Gemeinden der Agglomeration in besseren Entscheidungsstrukturen und einer besseren Übereinstimmung zwischen gelebten Tatsachen und politischen Strukturen. Eine Fusion muss auch Mehrwerte schaffen, die für alle spürbar sind und eine Antwort geben auf die Ängste um einen Verlust der Mitbestimmung.

Mehrwert an Lebensqualität

Eine Fusion bietet in den Bereichen Raum- und Verkehrsplanung ein grosses ökologisches Potenzial, das genutzt werden muss. Ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs, ein striktes Verkehrsregime, das zum Umsteigen führt, und konsequent verkehrsberuhigte Quartiere zählen zu den Vorteilen. Im Bereich Bauen erwarten wir eine sorgfältige regionale Raumplanung, ökologische Vorgaben und eine aktive soziale Wohnbaupolitik.

Das grössere Luzern soll ein soziales Luzern sein, eine Nivellierung gegen unten akzeptieren wir nicht.

Mehrwert an Mitsprache

Damit sich die Bürger und Bürgerinnen auch in einer grösseren Gemeinde einbringen können, sind Massnahmen notwendig, um die Demokratie zu stärken. So braucht es Quartierdemokratie und -mitsprache. Das Instrument der Volksmotion muss in einem grösseren Luzern unbedingt erhalten bleiben und als Quartiermotion benutzbar sein. Zur Wahl des Stadtparlamentes sollen Wahlkreise geschaffen werden, damit die einzelnen Grossquartiere im Parlament vertreten sind.

Wir Krienser Grünen werden entlang dieser Kriterien eine Fusion von Kriens mit Luzern begleiten und zu gegebenem Zeitpunkt entscheiden, ob wir einer Fusion zustimmen werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass dieser Prozess demokratisch ausgestaltet und die Bevölkerung frühzeitig und breit einbezogen wird.



B I O
SUISSE

EMMER BIOHOF

Franz und Maya
Helfenstein Probst
Oberhasli, 6032 Emmen
041 260 21 71
www.emmer-biohof.ch

Herzlich willkommen in unserem Hofladen!

Öffnungszeiten

Mo 16⁰⁰–18⁰⁰ Uhr

Mi 10⁰⁰–12⁰⁰ Uhr

Fr 14⁰⁰–18⁰⁰ Uhr frisches Brot/Zopf

Sa 10⁰⁰–12⁰⁰ Uhr

Gönnen Sie sich einen Rundgang in unserem Pflanzenlabyrinth!

Die eidg. Einbürgerungsinitiative der SVP

Voll Rohr gegen den Rechtsstaat

Louis Schelbert, Nationalrat, Luzern

In der Sommersession behandelte der Nationalrat die SVP-Einbürgerungsinitiative. Diese verlangt, dass Einbürgerungsentscheide auf Gemeindeebene endgültig seien. Sie verletzt übergeordnetes geltendes Recht und ist daher im Grunde nicht durchführbar. Trotzdem wurde sie vom Parlament für gültig erklärt, wenigstens mit dem Antrag, sie abzulehnen.

Die Einbürgerungsinitiative der SVP wurde für das Parlament zu einer harten Probe. Die Initiative hat zum Ziel, dass Einbürgerungsentscheide der Gemeinden «endgültig» seien. Damit würde das ganze geltende Einbürgerungsrecht ersetzt: Alle Kantone müssten neue Einbürgerungsgesetze erlassen. Für Gesuchsteller würde der Rechtsstaat abgeschafft: Eine Ablehnung müsste nicht begründet werden und sie könnte diskriminierend sein – eine Beschwerde wäre trotzdem ausgeschlossen.

2 FDP und 1 CVP wie SVP

In der vorberatenden Kommission hatte die Initiative mit 13:12 eine knappe Mehrheit gefunden, doch das Nationalratsplenum lehnte das Begehren mit 117 zu 63 Stimmen ab. Bei den 63 befanden sich beide Luzerner Freisinnigen (Ineichen, Theiler), ein Luzerner CVPler (Lustenberger) und die drei Nationalräte der Luzerner SVP. Mit andern Worten: Die Mehrheit der Luzerner Delegation ist für die Initiative. Das gibt recht zu denken!

Wenigstens kehrte der Nationalrat der Kommissionsvorentscheid. Denn die Schweiz ist nicht nur eine Demokratie, sie ist auch ein Rechtsstaat. Das Bundesgericht hatte sich 2003 mit der Rechtsnatur von Einbürgerungsentscheiden befasst und festgestellt, dass das Einbürgerungsverfahren materiell ein Akt der Rechtsanwendung und nicht ein politischer Akt ist. Das bedeutet, dass abgelehnten Gesuchstellern die Verfahrenswege offenstehen müssen. Dies ist in internationalen Verträgen (Rassismus-Übereinkommen, Europäische Menschenrechtskonvention/EMRK) so festgeschrieben.

Verletzung internationaler Rechtssätze

Darüber versucht die SVP-Initiative sich hinwegzusetzen. Sie verabsolutiert einen demo-

kratischen Aspekt. Deshalb nimmt sie auch eine Ablehnung aus rassistischen Motiven in Kauf. Auch das widerspricht internationalen, verpflichtenden Rechtsgrundsätzen und ist deshalb unmöglich umzusetzen.

Bittere Ironie ist, dass es den Initianten offensichtlich egal ist, dass die Bundesverfassung auch von der Stimmbevölkerung angenommen wurde. Rechtsweg- und Grundrechtsgarantien entsprechen deshalb durchaus dem Willen des Schweizer Volkes.

Seltames Demokratieverständnis

Eine weitere Ironie liegt darin, dass die Initiative selbst eine Reihe von demokratisch gefällten Volksentscheiden ausser Kraft setzen würde. So fanden in den vergangenen Jahren in diversen Kantonen Volksabstimmungen zur Frage des Einbürgerungsverfahrens statt (ZH, BE etc.). Regelmässig unterlag die SVP in diesen Kantonen. Nun versucht sie diese Ergebnisse mit ihrer eidgenössischen Initiative auszuhebeln.

Dazu kommt: Das, was die Initiative will, gilt in keinem einzigen Kanton. Nirgendwo wird der Beschluss über eine Einbürgerung auf Gemeindeebene über jedes andere Recht gesetzt, über das Recht des Kantons und des Bundes. Das Demokratieverständnis dieser selbsternannten Demokratieschützer ist ziemlich willkürlich und höchst widersprüchlich. Sie wollen bestimmen, was demokratisch sei. Davor hüten wir uns mit Vorteil.

Programmierter Wirrwarr

Zwar sind manche der heutigen kantonalen Bürgerrechtsgesetze auch nicht «das Gelbe vom Ei». Aber sie gewährleisten einheitliche Kriterien innerhalb der Kantone. Das bekämpft die Initiative. Nach ihrer Absicht könnte jede Gemeinde entscheiden, gerade wie sie möchte. Es gäbe keine gemeinsamen Kriterien mehr, keine Möglichkeit zu einheitlicher Rechtsanwendung, nur noch rein «politische» Entscheide: Der Willkür wäre Tür und Tor geöffnet. Das lehnen wir Grünen ab. Wir sind aber auch überzeugt, dass das gar nicht geht. Die Initiative ist nicht durchführbar, weil sie verpflichtendem Recht widerspricht.



Demokratie am richtigen Ort

Auch wenn die Einbürgerung ein Akt der Rechtsanwendung ist – ähnlich wie die Bewilligung eines Baugesuchs, das gutzuheissen ist, wenn die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind – wird die Demokratie nicht ausgehebelt. Im Gegenteil, sie ist das nötige Pendant zu den rechtsstaatlichen Prinzipien. Auf demokratischem Weg wurde diese Gewaltenteilung mit der Bundesverfassung beschlossen, und mit dem Bürgerrechtsgesetz wurde der Rahmen bestimmt und festgelegt, nach welchen Kriterien eine Einbürgerung zu erfolgen hat. Dieses Gesetz unterstand dem Referendum und widerspiegelt ebenfalls den Volkswillen. Dazu kommt: Diese Organisation des Einbürgerungswesens ist auch sachgerecht.

Kriterien der Ungültigerklärung

Namens der grünen Fraktion beantragte Louis Schelbert im Nationalrat, die SVP-Initiative ungültig zu erklären. Das geschah keineswegs leichtfertig, sondern nach einer ausführlichen Diskussion, weil die Sache ziemlich vertrackt ist. Die Verfassung nennt drei Kriterien, denen zufolge eine Initiative ungültig erklärt werden kann. Initiativen sind ungültig, wenn sie die Einheit der Form verletzen, wenn sie die Einheit der



Materie nicht gewährleisten oder wenn zwingendes Völkerrecht entgegensteht. Tatsache ist, dass keines dieser Kriterien hier zutrifft. Doch es gibt noch ein Kriterium. Zusätzlich gilt, dass eine Initiative durchführbar sein muss. Undurchführbare Aufgaben dürfen nicht Gegenstand einer Volksinitiative sein. Das ist ungeschriebenes, geltendes Recht. Ge-

nau das aber will diese Initiative. Der Bundesrat äussert sich zu diesem Punkt leider ungenügend. Zufall?

Widerrechtliche Forderungen

Die Initianten wollen erreichen, dass es in Zukunft weder eine Rechtsweggarantie noch ein Diskriminierungsverbot gibt. Doch beides ist Teil unserer Verfassung, und beides stützt sich auf internationales Recht. Dieses ist zwar nicht zwingend, als solches gelten Bestimmungen wie Folter- oder Sklavereiverbot. Trotzdem ist es verbindlich. Gemäss dem Rassistismus-Übereinkommen, dem Pakt II über die politischen Rechte und der EMRK muss die Schweiz den Rechtsweg garantieren, und Diskriminierungen müssen verboten sein. Diese Rechte gehen der Initiative vor. Das heisst: Wird die Initiative angenommen, ist sie trotzdem nicht anwendbar. (Einen ähnlichen Fall stellt die Verwahrunginitiative dar.)

Undurchführbar

Die Initiative stürzt einen in ein Dilemma. Folgt man ihrem Wortlaut, widerspricht sie dem Recht. Wird sie rechtskonform ausgelegt, widerspricht die Auslegung dem Anliegen der Initiative. Ein Drittes gibt es nicht, und ein solches Drittes konnten auch die in der vorberatenden Kommission angehörten Experten nicht nennen. Würde die Initiative angenommen, wäre daher nicht klar, ob ein Ja ihrem Wortlaut gälte und also das Recht beugen würde oder ob ein Ja gemeint wäre, das Sinn und Zweck der Initiative widersprechen müsste. Auch erklärten die Initianten bei der Anhörung in der Kommission ausdrücklich, die Initiative wolle die Einbürgerung zu einem politischen Akt machen und die Rechtsweggarantie falle weg. Dasselbe steht auf dem Originalunterschriftenbogen. Es stellt sich daher die Frage, was bei einer Annahme der Initiative passieren würde. Die Antwort lautet: Sie wäre nicht durchführbar.

MV

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

Mietprobleme | Einzug-Auszug | Wohnungsabnahmen
Mängel in der Wohnung | Mietzins-Check | Literatur

Werden Sie Mitglied! Wir unterstützen und beraten Sie!
Telefon 041 220 10 22
www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g !

Fazit zur Initiative

Die Initianten waren zu wenig umsichtig. Sie haben bewusst den «Gang ennet der Kante» gewählt. Ihre Initiative ist nicht zu retten und wäre ungültig. Wäre: Der Nationalrat lehnte den Antrag mit 49 zu 132 Stimmen ab. Damit kommt sie 2009 zur Abstimmung.

Indirekter Gegenvorschlag

Der Initiative wird ein indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt. Dieser versucht gewissermassen die Quadratur des Kreises: Einbürgerungsentscheide sollen weiterhin von Gemeindeversammlungen und an der Urne vorgenommen werden können und sowohl als politische wie als Verwaltungsakte zu qualifizieren sein. Ablehnungen müssten aber begründet werden, und das Beschwerderecht müsste gewährleistet sein. Die Fraktion der Grünen lehnte diesen Vorschlag ab; denn er bringt gegenüber den Bundesgerichtsentscheiden nicht nur keine Vorteile, sondern Rückschritte.

Einbürgerungsentscheide an der Gemeindeversammlung sind nicht opportun. Denn das bedeutet, Verhandlungen über Personen in aller Öffentlichkeit zu führen. Der Schutz der Persönlichkeitssphäre ist zu wenig gewährleistet. Das ist grundsätzlich, aber auch aus spezifischen Gründen abzulehnen. Gemeindeversammlungen sind manchmal unberechenbar, Stimmungen unterworfen und die Ergebnisse in der Folge entsprechend inkohärent.

Für ein faires Verfahren

Vor allem aber braucht es klare Verhältnisse: rechtlich und politisch – im Interesse der Gesuchsteller, der Behörden und der Bevölkerung, aber auch vis-à-vis der hängigen Volksinitiative. Und es braucht faire Einbürgerungen. Das bietet das Verwaltungsverfahren. Dort ist eine gründliche Abklärung gewährleistet, eine qualifizierte Begründung im Ablehnungsfall, der Ausschluss von Diskriminierungen und die Möglichkeit zu einem fairen Verfahren, wenn Rechtsgrundsätze verletzt worden sein sollten.

Ein Auslöser für die Entscheide des Bundesgerichts waren Volksabstimmungen über Einbürgerungen in der Gemeinde Emmen. Die Gemeinde Emmen hat die Einbürgerungen an der Urne abgeschafft und mittlerweile diese Aufgabe an eine Kommission delegiert. Es würde seltsam anmuten, heute in einer Weise gesetzgeberisch tätig zu werden, die uns in die Zeit vor den Entscheiden des Bundesgerichts zurückführen könnte. Über diesen indirekten Gegenvorschlag wird aber vermutlich nicht abgestimmt. Ein Referendum ist unwahrscheinlich, da die SVP voll auf ihre Initiative setzen wird.

Es würde seltsam anmuten, heute in einer Weise gesetzgeberisch tätig zu werden, die uns in die Zeit vor den Entscheiden des Bundesgerichts zurückführen könnte. Über diesen indirekten Gegenvorschlag wird aber vermutlich nicht abgestimmt. Ein Referendum ist unwahrscheinlich, da die SVP voll auf ihre Initiative setzen wird.

s t a t t k i n o

ab 6. Juli
MADONNEN
von Maria Speth

ab 26. Juli
PINGPONG
von Matthias Luthardt

ab 9. August
VERS LE SUD
von Laurent Cantet

ab 12. August
8 x ANDREJ TARKOWSKIJ:
Lucerne Festival

ab 19. August
5 x MUSIKFILME:
Lucerne Festival

ab 6. September
EUROPA TRILOGIE
von Lars von Trier

ab 13. September
MARKUS RAETZ
von Iwan Schumacher

Horw · St. Niklausen

Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.
Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

Ueli & Hof

Bio-Hof Mättwil · Tel. 041 342 05 46 · www.uelihof.ch

STATTKINO IM BOURBAKI PANORAMA LUZERN

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm · www.stattkino.ch

Es braucht Massnahmen für den Klimaschutz – jetzt Klima-Initiative lanciert

Miriam Behrens, stellvertretende Generalsekretärin Grüne Schweiz, Bern

Am 19. Mai 07 wurde die von den Grünen initiierte Klima-Initiative lanciert. Sie wird von Greenpeace, der Schweizerischen Energie-Stiftung, der SP, dem VCS und dem WWF mitgetragen. Mit der Initiative fordern wir, dass sich die Schweiz ihrer Verantwortung für den Klimaschutz stellt.



In die Verfassung soll neu der folgende Artikel aufgenommen werden: «Bund und Kantone betreiben eine wirksame Klimapolitik. Sie sorgen dafür, dass die Menge der landesweiten, vom Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Stand von 1990 um mindestens 30 Prozent abnimmt. Der Bund legt Zwischenziele fest.» Der zweite Absatz des neuen Artikels lautet: «Die Ausführungsgesetzgebung [...] legt den Schwerpunkt auf die Energieeffizienz und die neuen erneuerbaren Energien.» Mit den neuen erneuerbaren Energien sind Sonne, Holz, Wind usw. gemeint, im Gegensatz zur Wasserkraft.

Weshalb eine Reduktion um 30 Prozent?

Sollen die schlimmsten Klimaauswirkungen abgewendet werden, darf die weltweite Mitteltemperatur nicht mehr als zwei Grad über die vorindustrielle Mitteltemperatur steigen. Die Wissenschaft geht davon aus, dass die weltweiten Treibhausgas-Emissionen bis 2050 gegenüber 1990 mindestens halbiert werden müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Da die Industrieländer besonders hohe Emissionen

pro Person und Jahr haben, müssen sie ihre Emissionen rascher reduzieren als Länder mit tieferen Pro-Kopf-Emissionen.

Die EU hat beschlossen, ihre Emissionen um mindestens 20 Prozent zu reduzieren. Deutschland will sogar um 40 Prozent reduzieren. Schweden hat den Ausstieg aus dem Erdöl bis 2020 angekündigt. Die Stadt London will bis 2025 ihre Emissionen um 60 Prozent reduzieren, und in Neuseeland wird der komplette Ausstieg aus den fossilen Energien diskutiert. 30 Prozent Reduktion müssten daher für die Schweiz drinliegen!



Jetzt sammeln

Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, auf dem beigelegten Unterschriftenbogen zu unterschreiben und den Bogen entweder an uns oder an die Grünen Schweiz zurückzuschicken. Weitere Unterschriftenbögen können unter www.gruene.ch heruntergeladen werden. Vielen Dank!

Die mag mich!

www.xundheit.ch

Xundheit

versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstr. 28, 6002 Luzern, Tel. 041 227 77 77

Solarstrom

Ökologisch und marktwirtschaftlich

Jozef Bodlak, Luzern

Das Prinzip der direkten Umwandlung von Sonnenenergie in elektrischen Strom – der Photoeffekt – ist schon fast zwei Jahrhunderte alt. Die Photovoltaik ist dennoch marktwirtschaftlich nicht reif.

Im All sind die Solarzellen ohne Konkurrenz. Klar, denn die Bedürfnisse der Raumfahrtindustrie haben die Forschung und Entwicklung der Solarzellen vorangetrieben. So weit, dass man mit der Photovoltaik und der potenziellen Quelle der Energie auch auf der Erdoberfläche rechnen darf. Die ganze Solaranlage ist jedoch zu teuer und noch nicht konkurrenzfähig.

Die Erfahrungen aus anderen Technologien zeigen, wie weit die Gesellschaft die Forschung und Entwicklung gezielt vorantreibt. Besonders, wenn die Bedingungen günstig sind und genügend Motivation vorhanden ist.

Ein Beispiel, das enormes Wachstumspotenzial in relativ kurzer Zeit gezeigt hat, ist die PC- und Software-Industrie. Innerhalb von 25 Jahren hat man diese, hinsichtlich der Leistung und dem Preis, enorm entwickelt. Diese Industrie hat unzählige neue Arbeitsplätze geschaffen und vielen Regionen oder sogar Staaten zum wirtschaftlichen Wachstum verholfen.

Die Solarenergie ist eine der wichtigsten erneuerbaren Energien mit einem grossen Wachstumspotenzial. Was im All selbstverständlich ist, muss auch auf der Erde Gültigkeit haben.

Betrachten wir es von einer anderen Seite. Die herkömmlichen Investoren wollen die Solarkraftwerke nur bauen, wenn die Investition eine sichere und angemessene Rendite bringt. Zurzeit sollte der Investor für eine Kilowattstunde mehr als 80 Rappen bekommen, gerechnet auf heutige Preise der Anlagen. Der Tagespreis für eine Kilowattstunde liegt jedoch knapp unter 20 Rappen. Der Vergleich zeigt, wie teuer die Solartechnologie noch ist. Trotz Subventionen bewegt sich die Solartechnologie nicht genügend schnell vorwärts. Die Regeln der Investoren sind nicht ökologisch orientiert.

Die Solartechnologie basiert auf halbleitenden Materialien wie Silizium, Indium, Selen usw. Diese edlen Materialien können noch

nicht in entsprechender Qualität und konkurrenzfähig produziert werden. Die Effizienz der Energieumwandlung der käuflichen Technologie ist noch niedrig, knapp über 10 %. Der Preis für die notwendige Infrastruktur ist dagegen relativ hoch, und genau dort stecken die Reserven.

Es werden bereits Prototypen von Materialien erforscht, wo die Effizienz der Energieumwandlung bei 25 % liegt. Die Probleme der Infrastruktur sind bekannt und Lösungen bereits in Bearbeitung. Was fehlt, ist die Motivation, die nicht nur ein paar Enthusiasten, sondern die ganze Masse der potenziellen Kunden anziehen soll.

Es gibt Firmen, die auf die erneuerbaren Energien fokussiert sind. Der Markt ist aber noch nicht vorhanden. Die Ursache liegt eindeutig in der Politik. Die Angst vor Veränderungen, Mangel an Ideen und fehlender Druck seitens Stimmberechtigter auf den «marktwirtschaftlichen» Teil der Politiker. Aber dies ist wiederum eine andere Geschichte.



Modulmontage (Photovoltaikanlage mit 4,8 kWp Leistung) auf dem Schulhaus «Konstanzmatte» in Rothenburg, LU (Solarpreis 2002).

© Fotoautor: kottmann energie ag / Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie SSES

Die Grüne Grossratsfraktion

Start in die neue Legislatur

Adrian Borgula, Grossrat und Fraktionspräsident Grüne, Luzern

Die fünf wiedergewählten GrossrätInnen finden es ganz toll, die vier Neugewählten, Christina Reusser, Heidi Rebsamen, Alain Greter und Andreas Hofer, in der Fraktion begrüssen zu können!

Die neuen Fraktionsmitglieder

Die grüne Grossratsfraktion, bald «Kantonsratsfraktion», hat sich inzwischen konstituiert und zu arbeiten begonnen. Wir sind sehr froh, dass sich jede/r von uns nun auf eine ständige Kommission konzentrieren kann. Die Stimmung ist gut. Die personellen und politischen Hintergründe der Fraktionsmitglieder sowie ihre vielfältigen Engagements versprechen eine brisante und fruchtbare Mischung und garantieren die Weiterführung einer konsequent-konstruktiven Oppositionspolitik mit hohen ökologischen, sozialen, gerechten und demokratischen Ansprüchen.

Arbeit hat es genug

In den nächsten Monaten wird es – um nur einige Beispiele zu nennen – etwa darum gehen, das Staatspersonal endlich wieder an der guten Konjunktur teilhaben zu lassen und zumindest die Reallohnverluste der letzten Jahre und Sparpakete zu tilgen. Versäumte Investitionen und vernachlässigte Unterhaltungsarbeiten bei den Hochbauten sind ebenso anzupacken wie durchschlagende Verbesserungen im öffentlichen Verkehr. Endlich müssen auch im Kanton Luzern die (zaghafte) Absichtserklärungen für eine Klimapolitik, die diesen Namen verdient, konkretisiert werden. Das Musikschulangebot muss mit hohem Niveau und kantonsweit gleichmässig verankert werden (Musikschulinitiative).

Auf gehts!



Von links nach rechts: Alain Greter, Heidi Rebsamen, Adrian Borgula, Andreas Hofer, Katharina Meile, Nino Froelicher, Peter Lerch, Christina Reusser, Patrick Graf

Allmendplanung und Stadionneubau

Allmend: Der Name verpflichtet!

Edith Lanfranconi, Grossstadträtin, Luzern

Sie wirken grosstädtisch, die vorgestellten Pläne und Modelle für ein neues Allmendstadion. Sie bieten viel, aber ebensoviel muss noch diskutiert werden.

Die Grünen hatten bei ihren Stellungnahmen zu den Allmendthesen 2002, zur «Konzeptplanung Allmend» 2005 sowie zum B+A zur Sportarena Planung 2006 immer die ganze Allmend im Auge; das heisst, das räumliche Gesamtkonzept mit Flächen für den Breitensport, Naherholungsgebiet, Messe und Stadion, aber auch den Verkehr und Parkplätze.

Wir versuchen auch jetzt, bezüglich der Stadionneubauten, den Blick aufs Ganze nicht zu verlieren. Dem Investorenwettbewerb und der kommerziellen Nutzung standen wir von Anfang an skeptisch gegenüber, denn die Übergabe an Private birgt Risiken in sich wie auch Chancen. Unser Vorschlag, einen Baurechtszins auf die gewinnorientierten Teile der Anlage zu verlangen, kam leider nicht durch. Wir bleiben vorsichtig in unserer Beurteilung, auch wenn bei der Ausschreibung Zugeständnisse im Bereich von Verkehr und Ökologie gemacht wurden und wir dem Wettbewerbskredit zugestimmt haben. Dass die Wettbewerbsbedingungen durch die Ausweitung des Perimeters ohne Wissen und Zustimmung des Parlamentes abgeändert wurden, hat unsere Vorsicht nicht geschmälert.

Stadionneubau: die Projekte

Aus den fünf eingereichten Projekten sind die drei erstplatzierten die richtige Auswahl. In Bezug auf Finanzierung, Energie und kommerzielle Nutzung sind aber noch so viele Fragen offen, dass wir uns noch nicht auf eines der Projekte festlegen können. Wir könnten uns auch nur die Realisation von einzelnen Teilen oder eine zeitliche Etappierung der Bauten vorstellen.

Auch beim Hallenbad bleiben viele Fragen ungeklärt, insbesondere zu ökologischen Standards und Betriebskosten, was wiederum Auswirkungen auf die Eintrittspreise und somit zum Beispiel auch den Zugang für die Schulen hat.

Messe: Neubau Messehallen

Auch in Bezug auf die Messe möchten wir, dass die Stadt Luzern ihren Einfluss nicht ver-

liert und durch Kapitalisierung des Baurechtes eine Mehrheitsbeteiligung hält. Ausserdem soll ein Betriebs- und Nutzungsreglement erstellt werden, das Fragen zu Verkehr, Art der Nutzung der Messehallen und Konditionen für NutzerInnen definiert.

Zentralbahn: Tieflegung

Auf dem Luzerner Stadtgebiet wird das Trasse der Zentralbahn tiefgelegt und die Allmend mit einer unterirdisch gelegenen Haltestelle erschlossen. Damit werden vier Niveauübergänge aufgehoben, was zwar dem ÖV, aber auch dem MIV zugutekommt. Vorstösse zur neuen Nutzung des alten Trassees sind noch hängig.

Die Veränderungen auf der Allmend sind komplex und die Fragestellungen dazu anspruchsvoll. Bis zu den Abstimmungen vom 24. Februar 08 zu allen drei Vorlagen bleibt viel zu tun, viel zu klären und sich für vieles stark zu machen, wenn wir eine Allmend wollen, die diesen Namen weiterhin verdient!



Die Allmend auch als Naherholungsgebiet und Fläche für den Breitensport.
© Fotoautor: SWB Ortsgruppe Innerschweiz

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Neue Gemeindeordnungen in der Agglomeration

Erweiterung der Volksrechte?

Im Kanton Luzern besteht seit dem 1.1.2005 ein neues Gemeindegesetz, welches von allen Gemeinden die Anpassung der Gemeindeordnungen bis am 1.1.2008 verlangt. Wir berichten aus Grüner Sicht über die Debatten in den Einwohnerräten.

- Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung und Lehrpersonen können weiterhin in den Einwohnerrat gewählt werden. Keine Mehrheiten fanden die Erhöhung der Anzahl Parlamentsmitglieder von 30 auf 36 und eine Bestimmung zur Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen am politischen Geschehen.

Grüne Erfolge

Pia Zeder, Einwohnerrätin Kriens

Ende Mai hat der Einwohnerrat den Entwurf zur neuen Gemeindeordnung in 1. Lesung beraten. Die Grünen und die SP haben sich gemeinsam auf die Sitzung vorbereitet und sich mit vielen Anträgen durchgesetzt. Auch konnten Verschlechterungen gegenüber dem Entwurf des Gemeinderats verhindert werden.

Was wird neu in Kriens?

- Für das Verwaltungshandeln gilt das Öffentlichkeitsprinzip. Amtliche Akten sind einsehbar.
- Die Volksrechte werden durch das konstruktive Referendum und die Volksmotion ergänzt. Die Zahl der benötigten Stimmen bei der Volksmotion wurden von 100 auf 200 erhöht.
- Der Gemeinderat wird im Proporzverfahren gewählt. Die Frage Proporz oder Majorz wird den Stimmberechtigten separat zur Abstimmung unterbreitet.
- Das Mindestpensum je Gemeinderatsmitglied liegt bei 60 %. Eine ausgeglichene Verteilung der Pensen und Aufgaben wird möglich.
- Die Schulpflege als Behörde wird zugunsten einer parlamentarischen Kommission abgeschafft.

Welche Verschlechterungen konnten verhindert werden?

- Die Gemeindeordnung enthält keine Bestimmung, die Aktivitäten im Hinblick auf eine Fusion verbietet.
- Die Wasserversorgung kann auch in Zukunft nicht einem externen Leistungserbringer übertragen werden.

Bereits eingeführt

Luzius Hafen, Einwohnerrat Emmen

Die Schlachten um die Gemeindeordnung sind in Emmen 1999 geführt worden. Damals ist es gelungen, fünf gleichwertige Gemeinderatsämter zu schaffen und die Finanzkompetenzen des Gemeinderates auf ein akzeptables Mass zurückzusetzen.

Proporzwahl des Gemeinderats

Allgemein wurde die GO-Revision bis zur 1. Lesung als C-Geschäft behandelt, doch dann fand die Proporzwahl des Gemeinderates noch eine Mehrheit. Die bürgerlichen Mitteparteien waren so geschockt, dass sie nicht auf die Idee gekommen sind, für diese Frage eine Variantenabstimmung zu beantragen. Die Proporzwahl ist allerdings auch in der grünen Fraktionsgruppe heftig umstritten. Für Andreas Kappeler sind Exekutivwahlen Personenwahlen, und er sieht nicht ein, weshalb ein unfähiger (SVP-)Kandidat Gemeinderat werden soll, nur weil seine Partei die entsprechende Stärke hat.

Volksmotion und Abschaffung der Schulpflege

Insgesamt waren wir mit unseren Anträgen erfolgreich, beispielsweise mit der Volksmotion. Abgelehnt worden ist eine Präambel, und die Schulpflege wurde gegen unseren Willen abgeschafft. Die Zusammenarbeit Schulpflege – Einwohnerrat/Gemeinderat gibt seit Jahren zu berechtigter Kritik Anlass. Man hätte deswegen aber das Kind nicht mit dem Bade ausschütten müssen. Immerhin ist es gelungen, die neue gemeinderätliche Kommission so zu gestalten, dass die politische Kontrolle und

die Fachkompetenz des Gremiums sich fast die Waage halten.

Keine weitere Volksrechte

Konrad Durrer, Einwohnerrat L20, Horw

Nachdem der Einwohnerrat den Entwurf der neuen Gemeindeordnung behandelt hat, wird die Volksabstimmung dieses Jahr stattfinden. Die Änderungen sind marginal. Die Einführung von WOV wird ermöglicht, bei den Gemeinderatswahlen soll nur noch der/die Präsident/in ins Amt gewählt werden, und es wird eine Gesundheits- und Sozialkommission geschaffen.

Die Schulpflege als Hauptstreitpunkt

Im Entwurf des Gemeinderates wurde vorgeschlagen, die Schulpflege vom Einwohnerrat wählen zu lassen. Man diskutierte sogar über eine vom Gemeinderat eingesetzte Kommission. Dagegen wehrte sich die L20 erfolgreich.

Die Schulpflege wird weiterhin vom Volk gewählt.

Die Volksrechte

Das konstruktive Referendum, Volksmotion und Volkspostulat blieben im Einwohnerrat chancenlos. Das Jugend- und Kinderparlament nahm der Gemeinderat in seinem Vorschlag auf. Der Einwohnerrat strich diese Regelung jedoch wieder heraus. Erfolglos bleibt die Abschaffung der Amtswahl von Gemeindeamman und Sozialvorsteher. In unserem Sinne war die Bestimmung eines Mindestpensums für Gemeinderäte von 50 %. Diverse Verschlechterungen wurden vom Einwohnerrat korrigiert. So kommt eine Steuerfussänderung vor das Volk. Die Zonenplanänderungen und grössere Bebauungspläne bleiben dem obligatorischen Referendum unterstellt.

Die neue Gemeindeordnung ist kein grosser Wurf. Wir hätten uns mehr Innovation in Richtung neue Volksrechte gewünscht. Die schlimmsten Verschlechterungen konnten aber abgewandt werden.

Learn English

www.english-on-dartmoor.com

in einem Landhaus in Devon
Eintauchen in die Sprache
und in die Landschaft

Das Angebot

Tinavor Summer English Course
September English Course
October English Course
Kursdauer 2 bis 4 Wochen
Das Essen ist vegetarisch

Das Mindestalter: 28 Jahre
Auskünfte und Anmeldung bei

Auskünfte und Anmeldungen bei
Lynn Rawlinson
info@english-on-dartmoor.com
Telefon: 0044 1364 73117

g e g e n d r u c k _ G m b H

_offsetdruckerei _t 041 360 82 70



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsofen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,
unser Team freut sich auf ihren
Anruf 041 410 40 70

BE | NETZ
Bau und Energie

BE Netz AG
Bernstrasse 57a
6003 Luzern
info@benetz.ch / www.benetz.ch



Oeko-Hotel Gruebismalm/Rigi

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern.

Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

Hotel Gruebismalm/Rigi, Familie Schaub
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70
email: oeko-hotel-gruebismalm-rigi@bluewin.ch

Sport- und Familienfest Sonntag, 26. August 07

Auch beim GB gibts schöne Traditionen: Zu ihnen gehört das Sport- und Familienfest auf der Allmend. Dieses Jahr wird wieder getschüttet, neue Smashkombinationen werden erprobt, für die Kinder gibt es ein eigenes Programm, und es kann auch schon um 9.15 Uhr bei Zopf und Co. ein feines Zmorgen gegessen werden. Dieses Jahr hoffentlich ohne Überschwemmungen und Sumpfplätze und wie letztes Jahr mit Rekordbeteiligung.

Fussballturnier, Sonntag, 26. August 2007, ab 9.00 Uhr

Männermanschaften oder gemischte Teams. Offizielle Fussballregeln (ohne Offside- und Rückgabe-Regel). Einsatz pro Team Fr. 70.-
Der Spielplan wird der Kontaktperson in der Woche vor dem Turnier zugestellt.

Anmeldung Fussballturnier Erwachsene

Teamname: _____
 Kontaktperson, Tel.: _____
 Adresse, PLZ/Ort: _____

Volleyballturnier, Sonntag, 26. August 2007, ab 9.15 Uhr

Mixed Frauen und Männer (min. 3 Frauen). Einsatz pro Team Fr. 60.-
Der Spielplan wird der Kontaktperson in der Woche vor dem Turnier zugestellt.

Anmeldung Volleyballturnier

Teamname: _____
 Kontaktperson, Tel.: _____
 Adresse, PLZ/Ort: _____

Anmeldungen bis spätestens 20. August 2007 einsenden an:

Grünes Bündnis, Postfach 31, 6000 Luzern 4

HelferInnen gesucht!

Für ein tolles Sportfest suchen wir einige HelferInnen. Melde dich bitte frühzeitig zur Mithilfe, sonst werden wir dir telefonieren. Jeder Einsatz ist uns sehr willkommen! Einfach untenstehende Tabelle ausfüllen und an das GB-Sekretariat, Postfach 31, 6000 Luzern 4, schicken.

Kuchen-BäckerInnen melden sich bei Hans-Urs Fähndrich, Tel. 041 310 71 14

Sonntag, 26. Aug.	7'30-9'30	9'30-11'30	11'30-13'30	13'30-15'30	15'30-17'30
Aufstellen					
Küche (Hilfe)					
Abwaschen					
Grill					
Abräumen/Aufräumen					
Kinderprogramm					

Name/Vorname: _____
 Adresse, PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____



sogar 99,8 % der Aktien. Inwiefern die Stadt nun nachhaltig für die Bevölkerung oder für ihre Aktien politisiert, können wir nur erahnen.

Nationalrat Müri weiss nicht, was eine Motion ist. Auf seiner Homepage hat es den Link Motionen. Dahinter verbergen sich aber Fragen, Postulate und auch Motionen. Tja, **die politische Sprache ist manchmal schwierig.** Nicht jeder Vorstoss ist eine Motion und auch nicht jeder Politiker ist sprachbegabt.

Zum Schluss ein Zitat von Mark Twain:

Gott hat den Menschen erschaffen, weil er vom Affen enttäuscht war. Danach hat er auf weitere Experimente verzichtet.

Rumi, Rumi! Rumi? Das berühmteste Buch von Rumi, «Das Buch der Liebe.» Rosa Rumi als Autorin? **Als sufistische Meisterin?** Und als Derwisch tanzende Mystikerin? Das Buch der Liebe war sicher ihr Programm, beherzt und weltoffen. Ob sie nun verwandt mit dem persischen Dichter, eine geistige Schülerin oder eine Reinkarnation von Rumi ist, das bleibt ein mystisches Geheimnis.

Im letzten Rundbrief verwies der Text im Grünen Pfeffer auf Fotos von Roman Heer. Vergeblich suchte man/frau die Fotos. Es hatte leider keinen Platz mehr für sie. Dies holen wir nun nach. Gleichzeitig zeigt das Foto die



Politik des Stadtrates: Mehr Platz für Autos, «Platz wie noch nie!» Dabei gibt sich der Stadtrat so nachhaltig und umweltbewusst. Im Stillen ist die Stadt aber an vier Parkhäusern mit Aktien beteiligt. Beim Parkhaus Zentrum – dasjenige, worüber wir am 17. Juni zu einer Aufstockung abstimmen – besitzt sie

Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf
Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Redaktion
Jürg Aebi, Heinz Bähler, Natalie Kamber,
Michael Töngi, Jonas Ott

Korrektorat
Nina Ceresa

Inserate
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Fotos
Jürg Aebi, Jonas Ott

Konzept, Gestaltung und Druck
Gegendruck GmbH,
Neustadtstr. 26, 6003 Luzern
Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37

Erscheinung
5x im Jahr, Auflage 1450 Exemplare

Abonnement
Ein Jahr Fr. 30.– Abo
Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

Redaktionsschluss
RundBrief 4/2007, 10. September 2007



RundBrief 3/07

Agenda

Juli

- Datum Zeit Veranstaltung · Ort
- Fr 06. 20.00 **Sitzung Junge Grüne**, Sekretariat Grüne Luzern
- Mo 09. 19.00 **Wahlgruppe Nationalratswahlen**, Sekretariat Grüne Luzern
- Mo 09. 20.00 **Kantonaler Vorstand**, Sekretariat Grüne Luzern

August

- Datum Zeit Veranstaltung · Ort
- Mo 13. 19.00 **Wahlgruppe Nationalratswahlen**, Sekretariat Grüne Luzern
- Mo 13. 20.00 **Kantonaler Vorstand**, Sekretariat Grüne Luzern
- Mo 20. 20.30 **Wahlgruppe Nationalratswahlen**, Sekretariat Grüne Luzern
- So 26. **Sport- und Familienfest**, Allmend Luzern
- Mo 27. 19.30 **Kantonaler Vorstand**, Sekretariat Grüne Luzern



RundBrief 3/07

Veranstaltung

Sport- und Familienfest 2007

Das diesjährige Sport- und Familienfest findet am Sonntag, 26. August, auf dem Sportplatz Allmend Süd statt. Die Festwirtschaft beginnt morgens um 9.15 Uhr mit Kaffee, Brot und Gipfeli. Am Mittag gibt es feine Speisen aus der Küche von Urs Wüest. Für die Kinder gibt es den Spielbus.

Letztes Jahr fiel das Fest trotz Rekordanmeldung der Fussballteams buchstäblich ins Wasser. Die attraktiven Beizenpreise warten darauf endlich erspielt und abgeholt zu werden. Folgende Sponsoren haben grosszügig gespendet: Weinstube Storchen, La perla, Helvetia, Rebstock, Neustadt und Masala. Wir danken den Sponsoren – herzlichen Dank!

Bitte meldet euch mit dem eingedruckten Talon für die Turniere und/oder zum Helfen an! Anmeldeschluss ist der 20. August.